

Kolloquium in Malta, 2. November 2012
Deutscher Beitrag und die "Deklaration von Malta"

UNTERSTÜTZUNG DEMOKRATISCHER ÜBERGANGSPROZESSE IM SÜDLICHEN MITTELMEERRAUM UND NAHEN OSTEN

Der Beitrag umfasst verschiedene Änderungen des ursprünglichen Entwurfs, wie er vom Generalberichterstatter der Europäischen Assoziation, Jan Dirk Blaauw, vorgelegt worden ist; er stellt eine Weiterentwicklung dar. Er wurde von einer Arbeitsgruppe erarbeitet (Elisabeth Altmann, Theo Blank, Nils Diederich, Klaus Francke, Roland Artur Kohn und Uwe Holtz als Koordinator und Berichterstatter) und dann während der Studientagung in Berlin am 9. Mai angereichert – bei aktiver Teilnahme von J. D. Blaauw. (12.5.12)

Nach einer neuen Vorlage des Blaauw-Entwurfs sowie ausführlichen Debatten und mehreren Abstimmungen über Änderungsanträge wurde schließlich die vom deutschen Beitrag stark beeinflusste „Deklaration von Malta: Unterstützung demokratischer Übergangsprozesse im südlichen Mittelmeerraum und Nahen Osten“ einstimmig von den Delegierten der Mitgliedsvereinigungen der Europäischen Assoziation am 2. November in Malta verabschiedet. Zunächst wird die deutsche Position (A) und dann die deutsche Übersetzung der Deklaration (B) wiedergegeben.

A: DEUTSCHE POSITION

I. Einleitung

1. Wir, ehemalige Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Mitgliedsvereinigungen der Europäischen Assoziation angehören, begrüßen und unterstützen voll und ganz das Entstehen neuer Demokratien und die Prozesse demokratischer Transition in Ländern des südlichen Mittelmeerraums und Nahen Ostens, die zu einer neuen Ära von Freiheit, Wohlergehen, Gerechtigkeit und Frieden führen können.

2. Wir unterstreichen die Botschaft des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon des Jahres 2011 zum Internationalen Tag der Demokratie am 15. September: Millionen von Menschen beteiligten sich an den dramatischen Ereignissen im Nahen Osten und Nordafrika. Ihr Engagement bestätigte, dass Demokratie ein universelles Modell ist. Zugleich wurde daran erinnert, dass Demokratie nicht exportiert oder von außen aufgezwungen werden kann; der Wille eines Volkes muss sie hervorbringen, gefördert von einer starken und aktiven Zivilgesellschaft. Vor allem junge Menschen vermittelten diese Botschaft; sie setzten sich für das demokratische Ideal ein und sehen sich jetzt vor die Herausforderung gestellt, für die Verwirklichung des Potentials, das in den Transitionsprozessen steckt, zu arbeiten.

3. Ziel dieser Deklaration ist es, die Ereignisse in jenen Ländern des südlichen Mittelmeerraums und Nahen Ostens, die ein Resultat des so genannten „Arabischen Frühlings“ sind, in einigen Anmerkungen zu analysieren und zu interpretieren sowie einige Vorschläge zu unterbreiten.

II. Narrativ

1. Treibende Kraft für die dramatischen Ereignisse in der Region war anfangs nicht lediglich das Verlangen nach politischer Freiheit, sondern auch die weitverbreitete Frustration wegen Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Stagnation und Armut, zunehmender Korruption sowie die Bevormundung und Willkür von Regierungen und autoritären Eliten. Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Muhammad Bouazizi am 17. Dezember 2010 steht dafür als Beispiel. Eine wesentliche Ursache ist die hohe Arbeitslosigkeit der jüngeren Bevölkerung, deren Bevölkerungsanteil durch ein starkes Bevölkerungswachstum deutlich ansteigt.

2. Der „Arabische Frühling“ bezeichnet eine im Dezember 2010/Januar 2011 beginnende Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt, welche sich, ausgehend von Tunesien, in etlichen Staaten in Nordafrika und im Nahen Osten gegen die dort autoritär herrschenden Regime / Diktaturen und die politischen und sozialen Strukturen dieser Länder richten.

3. Zu dem dynamischen Tempo des Wandels trugen der Hunger nach einem radikalen Wandel bei, ferner die Tatsache, dass Teile der urbanen Mittelschicht, Intellektuelle und Teile der Arbeiterschaft mit den Armen koalierte, wie auch die Rolle der neuen sozialen Medien und Kommunikationstechnologien. Besonders bemerkenswert war auch die aktive und öffentlich sichtbare Teilnahme von Frauen.

4. Getragen wurden und werden die Proteste von einer breit gefächerten Bewegung, der verschiedenste soziale Schichten und Anhänger unterschiedlicher politischer und religiöser Ausrichtung angehören – Linke und Bürgerliche, Säkulare und gläubige Muslime und Christen, die wiederum unterschiedlich ausgerichtet sind (liberal, moderat, orthodox-fundamentalistisch). Viele Gläubige wollen frei von dogmatischer religiöser Repression und Gängelung ihr Leben führen und sich individuell entfalten. Einigende Elemente sind offensichtlich auch gemeinsame moralische und ethische Prinzipien, wie Gerechtigkeit, Freiheit, Würde und Respekt.

5. Vor pauschalen Urteilen und Gleichsetzungen, wie islamisch = rückschrittlich und säkular = fortschrittlich, kann nur gewarnt werden. In den arabischen Gesellschaften spielt islamisches Denken eine gewichtige Rolle, deren Bedeutung zweifelsohne in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist. „Re-islamisierung“ kann auch als Rückbesinnung auf die oder Suche nach eigenen Traditionen interpretiert werden. Zudem überschneiden sich in vielen Ländern religiöse Gruppierungen und ethnische Differenzierungen – teils auf der Grundlage althergebrachter Strukturen, teils politisch und religiös instrumentalisiert.

6. Fortgang, Dynamik und Intensität der Proteste variierten von Land zu Land. Weitverbreitet waren Slogans, die sich inhaltlich auf die Forderung bezogen „Nieder mit dem Regime“. Uneinig waren und sind sie aber in den Vorstellungen, wie Staat und Gesellschaft gestaltet werden sollten. Einige alte Regime wurden hinweg gefegt; die Reaktion anderer Regime reichte von vorsichtigen Konzessionen und der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel bis zu gewalttätiger Unterdrückung.

7. Die Europäische Assoziation bedauert, dass Länder der arabischen Welt ihre wichtigen Ölressourcen nicht genutzt haben, um für die Umsetzung sozialer Fortschritte im eigenen Land oder in ihren Nachbarländern im Geiste der Solidarität zu sorgen; eine Verhaltensänderung ist erwünscht. Sie erkennt zugleich an, dass ein Teil der Verantwortung für die Versäumnisse der Vergangenheit Europa und den USA zukommt – auf Kosten der Werte, für die auch der „Westen“ steht. Vom Westen wurden die meisten Regime des nachkolonialen Zeitalters – unabhängig von ihrer jeweils autokratischen, monarchischen oder militärdiktatorischen Struktur – bis in die jüngste Zeit (und gar noch heute: Saudi-Arabien ...) überwiegend wegen seiner ökonomischen Interessen (Erdöl, Schutz der Konzerne, Waffenlieferungen) und aus weltpolitischen Gründen (ursprünglich Ost-West-Konflikt) gestützt, ohne Rücksicht auf die Frage, ob sie im Innern demokratisch gestaltet sind und die Menschenrechte wahren. Der von der EU initiierte Barcelona-Prozess (1995) blieb weit hinter den Erwartungen (Aufbau von Partnerschaften in den Bereichen Demokratie und Frieden, Wirtschaft und Handel, Kultur, Soziales und Menschen) zurück. Die anschließende „Union für das Mittelmeer (2008) konzentrierte sich auf europäische Interessen wie Sicherheit, Wirtschaft und Abwehr der Migration aus Afrika und vernachlässigte die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedürfnisse der Bevölkerungen in den Anrainer-Staaten. Heute ist ein deutlicher und zügiger Positionswechsel geboten.

8. Befriedung und Stabilität in der arabischen Welt würden erleichtert werden, wenn endlich Lösungen für die immer noch andauernden Konflikte in der Region gefunden würden. Was Israelis und Palästinenser betrifft, so sollte Israel als erste Schritte die weitere Besiedlung der Westbank stoppen, die Siedlungen räumen und Freizügigkeit in den palästinensischen Gebieten erlauben. Die Hamas sollte unzweifelhaft das Existenzrecht Israels anerkennen.

9. Die Meinungen darüber, zu welchen Ergebnissen letztlich die Ereignisse in einzelnen Ländern führen werden, sind geteilt. Einige befürchten, dass alte autoritäre durch neue autoritäre Eliten und Strukturen ersetzt werden; andere hoffen, dass es zu einer neuen Demokratisierungswelle zumindest in Teilen des südlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens kommen wird. Anlass zur Sorge gibt die Lage von ethnischen und religiösen Gruppen und Minderheiten in einigen Ländern. Die Position von Frauen im öffentlichen, politischen und familiären Leben ist oft beunruhigend. Es ist wohl eine Illusion zu meinen, mit den Ereignissen werde nun überall ein Prozess der Säkularisierung nachgeholt. Aber was die Menschenrechte

angeht, so sind alle Länder der Region Mitglieder der Vereinten Nationen und haben damit anerkannt, dass Menschenrechte universell gültig sind. Dennoch stellen einige muslimische Führer die Gültigkeit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als konträr zum Scharia-Gesetz in Frage. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg urteilte für die Mitgliedstaaten des Europarats, die Scharia sei mit den Grundprinzipien der Demokratie, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegt sind, nicht vereinbar.

10. Wir, die ehemaligen Parlamentsmitglieder, hoffen auf einen positiven Ausgang der arabischen Revolutionen und fordern eine dementsprechende Unterstützung von demokratischen Übergangsprozessen. Im gegenseitigen Interesse und zum gegenseitigen Nutzen ist Europa aufgerufen (und hier beziehen wir uns auf die Resolution 1831 vom 4. Oktober 2011 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates), Beiträge zum friedlichen Übergang zur Demokratie, zu Achtung, Schutz und Erfüllung der Menschenrechte sowie zur Prosperität in der Region zu leisten, soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme mindern zu helfen und die Entstehung militärischer oder theokratischer Regime oder das Abgleiten in Chaos zu verhindern. Gleichberechtigte Kooperationen und Partnerschaften zwischen Europa und dem südlichen Mittelmeerraum und dem Nahen Osten nutzen beiden Seiten.

III. Der Weg zu demokratischen Parlamenten

1. Die Demokratie ist mittlerweile zu einem universellen Wert geworden, was in UNO-Dokumenten und besonders in der Universellen Demokratie-Erklärung der Interparlamentarischen Union (IPU) von 1997 zum Ausdruck kommt. Laut IPU-Erklärung beruht die Demokratie auf dem Recht eines jeden Menschen, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen – bei gleichberechtigter Partnerschaft von Frauen und Männern. Auch wenn es unterschiedliche Formen der Demokratie gibt, so gelten als konstitutive Elemente: Die Partizipation der Menschen, freie und faire Wahlen, der Rechtsstaat und unabhängige Gerichte, die Beachtung der Menschenrechte, das Vorhandensein einer aktiven Zivilgesellschaft, demokratische, repräsentative und gut funktionierende Institutionen (Parlamente), aber auch Institutionen und Verwaltungen auf lokaler und regionaler Ebene. Politisches Herzstück der Demokratie ist das Parlament.

2. Demokratische Parlamente reflektieren demokratische Gesellschaften. Die sechs Hauptrollen und Funktionen von Parlamenten („parlamentarisches Hexagon“) sind idealiter:

- Gesetzgebung einschl. Verfassungsänderungen (legislative Gewalt).
- Entscheidung über das Budget einschl. Steuern (Budgetrecht).
- Regierungen rechenschaftspflichtig halten und die Exekutive kontrollieren (Kontrollrecht).
- Repräsentation demokratischer Öffentlichkeiten (Forums- und Diskursfunktion).
- (Im Falle parlamentarischer Demokratien) Wahl der

Exekutive/Herrschaftsbestellung (Wahlfunktion).

- Einflussnahme auf die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen (Entscheidungsgewalt über völkerrechtliche Verträge sowie Krieg und Frieden, Vermittlung zwischen der Öffentlichkeit und internationalen Organisationen/Institutionen).

3. Parlamente sind stärker oder schwächer bei der Erfüllung ihrer verschiedenen Rollen. In vielen Ländern sind die Parlamente in den Händen machtvoller Regierungen und werden durch die Exekutive beherrscht. Die Gesetzgebung spielt häufig eine begrenzte Rolle bei der Politikgestaltung; die Etats werden in vielen Parlamenten oft nur im Endstadium besprochen. Häufig mangelt es den Parlamenten schlicht an technischer Kapazität und der erforderlichen Ausstattung, an Büroräumen und dem Zugang zu Informationen. Demokratische Dezentralisierung erfordert mehr als nur die Dezentralisierung und Übertragung von Macht. Sie erfordert auch eine verstärkte Partizipation von Menschen, die oft marginalisiert sind, wie Frauen, die Armen und Minderheiten. Von wachsender Bedeutung für ihre Legitimität ist verantwortliches Handeln der staatlichen Angestellten auf lokaler Ebene.

4. Viele der zuvor erwähnten Mängel von und in Parlamenten bestehen in den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens – auch nach den ersten, aufgrund der aktuellen Ereignisse erfolgten Wahlen. Deshalb ist es ein besonderes Anliegen von uns ehemaligen Abgeordneten, um Unterstützung für die Stärkung von Parlamenten in der Region zu werben.

IV. Vorschläge

Wir, die ehemaligen Abgeordneten, betonen und schlagen vor:

1. Der demokratische Aufbruch in den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens droht zu scheitern, wenn es nicht gelingt, die düsteren ökonomischen Perspektiven zu überwinden. Demokratie ohne ausreichende Nahrung, Sicherheit und Jobs ist hohl. Bildung, berufliche Ausbildung und Hochschulen sind Schlüsselemente für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit wie auch für die sozio-ökonomische, politische und nachhaltige Entwicklung eines Landes. Wir plädieren dafür, dass unsere Länder die Eigenanstrengungen in der Region in Richtung auf Demokratie und die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen einschl. der Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit und der Korruption adäquat unterstützen – ohne Paternalismus und Bevormundung.

2. Das Recht der Menschen in den betroffenen Ländern über ihre Staatsform in freier, demokratischer Willensbildung und Selbstbestimmung zu entscheiden, ist unbestritten. Wichtige Orientierungen bieten – nicht nur für die Staaten der Region – vor allem die UNO-Charta, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die verschiedenen UN-Menschenrechtskonventionen und die Rechte von Minderheiten sowie religiösen und ethnischen Gruppen, die Allgemeine Demokratie-Erklärung der

IPU, die Millenniumsentwicklungsziele und die Millenniumserklärung, in der sich die Staats- und Regierungschefs auf dem UN-Millenniumsgipfel im September 2000 verpflichteten, keine Mühen zu scheuen, um die Demokratie zu fördern sowie Rechtsstaatlichkeit und die Achtung aller international anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu stärken.

3. Auch die Erfahrungen mit den unterschiedlichen Transitionsprozessen in Mittel- und Osteuropa lehren, dass es keine Blaupause für demokratische Übergangsprozesse gibt. Einige, für demokratische Übergangsprozesse wichtige Elemente lassen sich jedoch identifizieren: die Stärkung der Menschenrechte, der Aufbau und die Stärkung von effizienten, rechenschaftspflichtigen, demokratischen Institutionen, zu denen als Herzstück die Parlamente gehören (s. das „parlamentarische Hexagon“), gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (*Good Governance*), zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen, unabhängige Gerichte, unabhängige Medien, die demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte und zivile Einbindung des Militärs. In den Transitionsländern gibt es viele gesellschaftliche und politische Gruppen und Kräfte, die dies anstreben und für Pluralismus, demokratische Werte und Modernisierung eintreten. Sofern sie dabei die Unterstützung von außen wünschen, sollte man zu dieser Unterstützung großzügig bereit sein.

4. Europa muss alles daran setzen, die Umsetzungskluft zwischen Worten und Taten zu überwinden (s. z. B. die Union für das Mittelmeer) und den demokratischen Transitionsprozess in der Region unter Berücksichtigung der ‚Eigentümerschaft‘ (*Ownership*) und der Selbstbestimmung der betroffenen Bevölkerungen und Länder zu fördern. Heute geht es darum, Unterstützung zu leisten, damit das in den Transitionsprozessen steckende Potential von den Menschen und Staaten in der Region ausgeschöpft werden kann.

5. Die Europäische Kommission für Demokratie und Recht (die Venedig-Kommission des Europarats, zu deren 58 Vollmitglieder bereits Algerien, Israel, Marokko und Tunesien gehören) sollte mit ihren Beratungs- und Expertendienstleistungen ein offizielles Mandat als Angebot für alle Länder der Region zur Unterstützung für den Entwurf oder die Revision von Verfassungen erhalten, und zwar von demokratischen Verfassungen, die die universellen Menschenrechte, die Herrschaft des Rechts und *Good Governance*-Prinzipien hochhalten.

6. Besser genutzt werden sollten nationale Parlamente, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, das Europäische Parlament, die IPU, die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (früher: Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung), die Parlamentarische Mittelmeerversammlung und die Parlamentarische Versammlung der OSZE, um die Kooperation mit den Ländern der Region und der arabischen Liga im Bereich der

Demokratisierung, der Stärkung der Parlamente im Sinne des ‚Parlamentarischen Hexagons‘ und der Menschenrechte zu ermutigen.

7. Genutzt werden könnten auch Organisationen und Institutionen, die politischen Pluralismus und demokratische Übergangsprozesse, unabhängige Medien und demokratische Zivilgesellschaften unterstützen, wie z. B. politische Stiftungen oder die als Antwort auf den „Arabischen Frühling“ geschaffene „Europäische Stiftung für Demokratie“ der EU und Denktanks, die sich mit der Region beschäftigen.

8. Besondere Aufmerksamkeit sollte der prekären Situation von Frauen, die nicht international anerkannten Standards entspricht, gelten. Das dritte Millenniumsziel ist auch für die Region von großer Bedeutung „Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Macht und Einfluss (*Empowerment*) der Frauen“; die Entwicklungszusammenarbeit europäischer Länder, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sollte verstärkt zur Zielerreichung beitragen. Wir fordern die Länder der Region auf, den Anteil der Mädchen und Frauen auf allen Bildungsebenen zu steigern, die Vertretung von Frauen in Parlamenten und Wahlämtern und ihre Teilhabe am wirtschaftlichen Leben (auch auf der Führungsebene) zu erhöhen, die Gesetzgebung in den Bereichen des Familien- und Persönlichkeitsrechts in Einklang mit internationalen Standards zu bringen und per Gesetz alle Formen von Gewalt zu verhindern und zu bestrafen. Demokratische Übergangsprozesse können nur gelingen, wenn die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Eckpfeiler für die Gesetzgebungs- und Verfassungsgrundlagen der neuen Institutionen bildet und wenn Frauen voll am Bau und der Durchsetzung von ihnen beteiligt sind.

9. Wichtige Initiativen, wie die „Deauville-Partnerschaft“, ins Leben gerufen auf dem G8-Gipfel von 2011, oder die „Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ (EU 2011) sollten die volle Unterstützung von Europarats- und EU-Mitgliedstaaten erhalten mit dem Ziel, die Länder des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens bei ihrem Übergang zu freien und demokratischen Gesellschaften und Institutionen mit transparenten und verantwortlichen Regierungen zu unterstützen. Ein relevantes Ziel ist es, positive Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige, sozial gerechte Entwicklung und für nachhaltiges und inklusives Wachstum, den Privatsektor und kleine und mittlere Unternehmen mit schaffen zu helfen.

10. Die europäischen Staaten, die EU und der Europarat könnten bei ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten und ihrer Unterstützung für die Transformationsprozesse z. B. folgende Bereiche fördern, die für die demokratische Transformation relevant und auf die länderspezifischen Bedürfnisse zugeschnitten sind (vgl. auch Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Stärkung von Parlament, Exekutive und Judikative; *Good Governance* und Rechtsstaatlichkeit; Freiheit der Medien und Meinungsfreiheit; Förderung und

Stärkung der Zivilgesellschaft, freier Gewerkschaften und von Nichtregierungsorganisationen; demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte; Förderung der Bildung auf allen Ebenen – *Capacity Building* auch für öffentlich Bedienstete; Förderung und Transformation der Wirtschaft basierend auf den Prinzipien einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft; Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel; regionale Zusammenarbeit.

11. Die aktiven Abgeordneten und die jeweiligen Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Assoziation sowie die Parlamentarische Versammlung des Europarats und das Europaparlament werden aufgefordert, sich für die Umsetzung der gemachten Vorschläge und für eine finanziell adäquate Ausstattung von alten und neuen Programmen und Instrumenten zur Unterstützung von demokratischen Übergangsprozessen in Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens einzusetzen.

12. Die Europäische Assoziation mit ihrem reichen Fundus an erfahrenen ehemaligen Abgeordneten bietet an, sich an parlamentarischen Begegnungen und Workshops sowie an demokratischen Partnerschaften zu beteiligen.

B: DEKLARATION VON MALTA

Kolloquium, 2. November 2012

UNTERSTÜTZUNG DEMOKRATISCHER ÜBERGANGSPROZESSE IM
SÜDLICHEN MITTELMEERRAUM UND IM NAHEN OSTEN
ERKLÄRUNG VON MALTA

[Deutsche Übersetzung – die Originalversion auf Englisch und Französisch siehe Europäische Assoziation. S. außerdem die Berichterstattung über Malta.]

Einstimmig verabschiedet von den Delegierten der Mitgliedsvereinigungen der Europäischen Assoziation ehemaliger Parlamentsabgeordneter aus Mitgliedsstaaten des Europarats

I. EINLEITUNG

1. Wir, ehemalige Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Mitgliedsvereinigungen der Europäischen Assoziation angehören, begrüßen und unterstützen voll und ganz das Entstehen neuer Demokratien und die Prozesse demokratischer Transition in Ländern des südlichen Mittelmeerraums und Nahen Ostens, die zu einer neuen Ära von Freiheit, Wohlergehen, Gerechtigkeit und Frieden führen können.

2. Wir unterstreichen die Botschaft des UN-Generalsekretärs des Jahres 2011 zum Inter-nationalen Tag der Demokratie am 15. September: „Millionen von Menschen beteiligten sich an den dramatischen Ereignissen im Nahen Osten und Nordafrika und darüber hinaus. Ihr Engagement bestätigte, dass Demokratie ein universelles

Modell ist. Zu-gleich wurde daran erinnert, dass Demokratie nicht exportiert oder von außen aufgezwungen werden kann; der Wille eines Volkes muss sie hervorbringen, gefördert von einer starken und aktiven Zivilgesellschaft. Vor allem junge Menschen vermittelten diese Botschaft; sie setzten sich für das demokratische Ideal ein und sehen sich jetzt vor die Herausforderung gestellt, für die Verwirklichung des Potentials zu arbeiten, das in den Transitionsprozessen steckt, die sie in Gang gebracht haben.“

3. Die Region, auf die in dieser Erklärung Bezug genommen wird, wird aus allgemeiner Perspektive betrachtet und eine spezifische Analyse einzelner Länder vermieden. Der so-geannte „Arabische Frühling“ ist ein historischer Moment der Veränderung, der Chancen für den Aufbau einer neuen Mittelmeerregion auf der Basis gemeinsamer Grundwerte bietet, keinesfalls aber mit einem ideologischen oder religiösen Hintergrund. Dies kann als unerwartete aber positive Entwicklung mit recht raschem Tempo beschrieben werden, die zu einem Dominoeffekt bei Ländern mit einem ähnlichen Ausmaß der Unterdrückung und Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und bildungsbezogenen Umständen führte.

4. Zwar kam es zum sogenannten „Arabischen Frühling“ in einer Reihe von Ländern des südlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens, man muss jedoch darauf hinweisen, dass die Länder dieser Regionen keine homogene Gruppe darstellen, sondern sowohl innenpolitisch als auch untereinander und in geringerem Umfang auch subregional grundlegend unterschiedlich sind.

5. Ziel dieser Deklaration ist es, die Ereignisse in jenen Ländern des südlichen Mittelmeerraums und Nahen Ostens, die ein Resultat des so genannten „Arabischen Frühlings“ sind, zu analysieren und zu interpretieren sowie einige Vorschläge zu unterbreiten.

II. NARRATIV

6. Einige Politiker und politische Kommentatoren bezweifeln, dass die Forderungen, die den „Arabischen Frühling“ ausgelöst haben, von den Parteien erfüllt werden, die jetzt beauftragt sind, „neue“ Staaten zu schaffen und nennen die Revolutionen eine „Illusion“. Andere meinen, die arabischen Länder der Region seien vergleichbar mit dem Europa der Vergangenheit. Ihnen zufolge müssten wir ihnen die Zeit geben, sich auf demokratische Weise zu entwickeln. Immerhin hätten die meisten europäischen Länder ebenfalls lange benötigt, um ihr demokratisches System zu etablieren. Einige haben das Ziel vor kurzem erst erreicht, andere hinkten hinterher.

7. Treibende Kraft für die dramatischen Ereignisse in der Region war anfangs nicht lediglich das Verlangen nach politischer Freiheit, sondern auch die weitverbreitete Frustration wegen Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Stagnation und Armut, zunehmender Korruption sowie die Bevormundung und Willkür von Regierungen und autoritären Eliten. Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers

Muhammad Bouazizi am 17. Dezember 2010 steht dafür als Beispiel. Eine weitere wesentliche Ursache ist die hohe Arbeitslosigkeit der jungen Menschen, deren Anteil durch starkes Bevölkerungswachstum deutlich ansteigt.

8. Der „Arabische Frühling“ bezeichnet eine im Dezember 2010/Januar 2011 beginnende Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt, welche sich, ausgehend von Tunesien, in etlichen Staaten in Nordafrika und im Nahen Osten gegen die dort autoritär herrschenden Regime / Diktaturen und die politischen und sozialen Strukturen dieser Länder richten.

9. Zu dem dynamischen Tempo des Wandels trugen der Hunger nach Wandel, die Tatsache, dass Teile der urbanen Mittelschicht, Intellektuelle und Teile der Arbeiterschaft mit den Armen koalierten, wie auch die Rolle der neuen sozialen Medien und Kommunikationstechnologien bei. Besonders bemerkenswert war auch die aktive und öffentlich sichtbare Teilnahme von Frauen

10. Getragen wurden und werden die Proteste von einer breit gefächerten Bewegung, der verschiedenste soziale Schichten und Anhänger unterschiedlicher politischer und religiöser Ausrichtung angehören – Linke und Bürgerliche, Säkulare und gläubige Muslime und Christen, die wiederum unterschiedlich ausgerichtet sind (liberal, moderat, orthodox-fundamentalistisch). Viele Gläubige wollen frei von dogmatischer religiöser Repression und Gängelung ihr Leben führen und sich individuell entfalten. Einigende Elemente waren offensichtlich auch moralische und ethische Prinzipien, wie Gerechtigkeit, Freiheit, Würde und Respekt.

11. Vor pauschalen Urteilen und raschen Gleichsetzungen kann nur gewarnt werden. In den arabischen Länder im südlichen Mittelmeerraum und dem Nahen Osten spielt islamisches Denken eine gewichtige Rolle, deren Bedeutung zweifelsohne in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist. Dies kann auch als Rückbesinnung auf die oder Suche nach eigenen Traditionen interpretiert werden. Zudem überschneiden sich in vielen Ländern religiöse Gruppierungen und ethnische Differenzierungen – teils auf der Grundlage althergebrachter Strukturen, teils instrumentalisiert durch die Politik und religiöse Steuerung.

12. Wir sollten auch islamisches Denken einerseits und einen islamischen politischen Ansatz, der zu religiöser Unterdrückung führen kann, andererseits nicht gleichsetzen. Wir müssen berücksichtigen, dass es angesichts des unterschiedlichen politischen, historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrunds der Länder im südlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten keinen einheitlichen Weg zu einer neuen demokratischen Ordnung geben kann.

13. Die ungelösten Konflikte in der Region sollten keine Entschuldigung für das Aufschieben des Übergangsprozesses zur Demokratie sein. Deren Lösung würde allerdings die dauerhafte Befriedung und Stabilität in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens erleichtern. Die Anerkennung Israels als

unabhängiger und souveräner Staat durch alle Länder der Region, die dies nicht bereits getan haben, wäre ein großer Schritt nach vorn. Eine gerechte, dauerhafte und umfassende Lösung des arabisch-israelischen Konflikts und die Schaffung eines unabhängigen, souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staates, der im Einklang mit den einschlägigen VN-Resolutionen in Frieden und Sicherheit mit dem Staate Israel lebt, wäre ebenfalls ein großer Schritt voran. Was Israelis und Palästinenser anbelangt, sollte Israel als erster Schritt die weitere Besiedlung der Westbank stoppen und Freizügigkeit in den palästinensischen Gebieten gestatten. Die Hamas sollte unzweifelhaft das Existenzrecht Israels anerkennen.

14. Fortgang, Dynamik und Intensität der Proteste variierten von Land zu Land. Weitverbreitet waren Slogans, die sich inhaltlich auf die Forderung bezogen „Nieder mit dem Regime“. Uneinig waren und sind die Protestierenden aber in den Vorstellungen, wie Staat und Gesellschaft gestaltet werden sollten. Einige alte Regime wurden hinweggefegt, was zu einem Vakuum führte; die Reaktion anderer Regime reichte von vorsichtigen Konzessionen und der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel bis zu gewaltsamer Unterdrückung.

15. Wir stellen fest, dass Länder des südlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens ihre durch ihre Ölressourcen erworbenen enormen Mittel nicht in ausreichend Maße genutzt haben, um für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu sorgen. Wir erkennen zugleich an, dass ein Teil der Verantwortung für die Misswirtschaft der Vergangenheit Europa und den USA zukommt. Ihr Ansatz spiegelte wirtschaftliche und geopolitische Interessen in diesem Teil der Welt wider, d.h. Erdöl, Schutz von Unternehmen und Waffenlieferungen, oder geopolitische Gründe, vor allem im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg und der Erweiterung ihrer Einflussbereiche. Dies alles geschah zum Nachteil der von ihnen vertretenen Normen und Werte und ohne dass sie Fragen in Bezug auf Demokratie und die Achtung der Menschenrechte stellten.

16. Gleichberechtigte Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Europa und dem südlichen Mittelmeerraum sowie dem Nahen Osten nutzen beiden Seiten und sind im beiderseitigen Interesse.

17. Der von der EU initiierte Barcelona-Prozess blieb auch weit hinter den Erwartungen (Aufbau von Partnerschaften in den Bereichen Demokratie und Frieden, Wirtschaft und Handel, Kultur, Soziales und Menschen) zurück. Die anschließende „Union für das Mittelmeer“ (2008) konzentrierte sich auf europäische Interessen wie Sicherheit, Wirtschaft und Abwehr der Migration aus Afrika und vernachlässigte die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedürfnisse der Bevölkerungen in den arabischen Partnerländern.

III. DIE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

18. Alle Länder des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens sind Mitglieder der Vereinten Nationen und erkennen somit an, dass die Menschenrechte universelle Geltung haben. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist Teil des Völkerrechts, das für alle Staaten verbindlich ist. Leider sind Menschenrechtsverletzungen recht häufig. Einige orthodoxe muslimische Führer stellen sogar die Gültigkeit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte infrage, da sie im Widerspruch zur Scharia stehe.

19. Die Betonung der Scharia ist von Bedeutung, da islamistische Parteien an Stärke gewinnen, wenn auch einige Gemäßigte sagen, sie würden die Scharia nur für familienrechtliche Dinge akzeptieren. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg urteilte für die Mitgliedsstaaten des Europarats jedoch, dass die Scharia unvereinbar mit den demokratischen Grundprinzipien ist, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind.

20. Die Lage ethnischer und religiöser Gruppen und Minderheiten, die oft in offenen Feindseligkeiten eskalierte, gibt Grund zu Sorge. Die Demonstranten forderten Würde, Freiheit und Gleichheit, deshalb wurde die Revolution in Nordafrika auch die „Revolution der Würde“ genannt. In diesem Geiste brauchen wir einen intensiven und echten gesellschaftlichen Dialog.

21. Die Lage der Frauen im öffentlichen, politischen und familiären Leben ist häufig besorgniserregend. Zwar wurde ein Prozess zur Überarbeitung der Verfassungen auf den Weg gebracht, aber die öffentlichen Kommentare über die künftige Stellung der Frauen sind in bestimmten Ländern nicht ermutigend.

22. Wir, die ehemaligen Parlamentsmitglieder, hoffen auf einen positiven Ausgang der arabischen Revolutionen und fordern eine dementsprechende Unterstützung von demokratischen Übergangsprozessen. Im gegenseitigen Interesse und zum gegenseitigen Nutzen ist Europa aufgerufen (und hier beziehen wir uns auf die Resolution 1831 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 4. Oktober 2011), Beiträge zum friedlichen Übergang zur Demokratie zu leisten. Die Resolution forderte auch auf zu Achtung, Schutz und Erfüllung der Menschenrechte sowie Prosperität in der Region, zur Unterstützung bei der Minderung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Probleme und zur Verhinderung der Entstehung militärischer oder theokratischer Regime oder eines Abgleitens in Chaos.

IV. DER WEG ZU DEMOKRATISCHEN PARLAMENTEN

23. Die Demokratie ist mittlerweile zu einem universellen Wert geworden, was in UNO-Dokumenten und besonders in der Universellen Demokratie-Erklärung der Interparlamentarischen Union (IPU) von 1997 zum Ausdruck kommt. Laut IPU-Erklärung beruht die Demokratie auf dem Recht eines jeden Menschen, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen – was eine gleichberechtigter Partnerschaft von Frauen und Männern voraussetzt. Auch wenn

es unterschiedliche Formen der Demokratie gibt, so gelten als konstitutive Elemente: Die Partizipation der Menschen, freie und faire Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Gerichte, die Achtung der Menschenrechte, das Vorhandensein einer aktiven Zivilgesellschaft, demokratische, repräsentative und gut funktionierende Institutionen (Parlamente), aber auch Institutionen und Verwaltungen auf lokaler und regionaler Ebene. Politisches Herzstück der Demokratie ist das Parlament.

24. Demokratische Parlamente sind Ausdruck demokratischer Gesellschaften. Die sechs wichtigsten Rollen und Funktionen von Parlamenten („parlamentarisches Hexagon“) sind idealiter:

- Gesetzgebung einschließlich Verfassungsänderungen (legislative Gewalt)
- Entscheidung über das Budget einschließlich Steuern (Budgetrecht)
- Rechenschaftspflicht der Regierungen und Kontrolle der Exekutive (Kontrollrecht)
- Repräsentation demokratischer Öffentlichkeiten (Forums- und Diskursfunktion)
- (Im Falle parlamentarischer Demokratien) Wahl der Exekutive/Herrschaftsbestellung (Wahlfunktion)
- Einflussnahme auf die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen (Entscheidungsgewalt über völkerrechtliche Verträge sowie Krieg und Frieden, Vermittlung zwischen der Öffentlichkeit und internationalen Organisationen/Institutionen).

25. Parlamente sind stärker oder schwächer bei der Erfüllung ihrer verschiedenen Rollen. In vielen Ländern sind die Parlamente in den Händen mächtiger Regierungen und werden durch die Exekutive beherrscht. Die Gesetzgebung spielt häufig eine begrenzte Rolle bei der Politikgestaltung; die Etats werden in vielen Parlamenten oft nur im Endstadium besprochen. Häufig mangelt es den Parlamenten schlicht an technischer Kapazität und der erforderlichen Ausstattung, an Büroräumen und dem Zugang zu Informationen. Demokratische Dezentralisierung erfordert mehr als nur die Dezentralisierung und Übertragung von Macht. Sie erfordert auch eine verstärkte Partizipation von Menschen, die oft marginalisiert sind, wie von Frauen, religiösen und anderen Minderheiten und Armen. Von wachsender Bedeutung für ihre Legitimität ist die Rechenschaftspflicht der Staatsbediensteten auf lokaler Ebene.

26. Die zuvor erwähnten Mängel bestehen in den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens. Die Bevölkerung fühlt sich vom politischen Leben nicht betroffen und hat oft den Eindruck, Opfer von Korruption und schlechter Behandlung zu sein. In den meisten Ländern der Region gibt es keine ethnische oder religiöse Homogenität, in einigen sogar unverhüllte Feindschaft zwischen Schiiten und Sunniten.

V. VORSCHLÄGE

Wir, die ehemaligen Abgeordneten, betonen und schlagen vor:

27. Soll der demokratische Aufbruch in der Region gelingen, dann ist es von größter Wichtigkeit, die düsteren ökonomischen Perspektiven in den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens zu überwinden. Demokratie ohne ausreichende Nahrung, Sicherheit und Jobs ist hohl. Bildung für alle, berufliche Ausbildung und Hochschulen sind Schlüsselemente für die Entfaltung des Einzelnen wie auch für die sozio-ökonomische, politische und nachhaltige Entwicklung eines Landes. Wir plädieren dafür, dass unsere Länder die Eigenanstrengungen in der Region in Richtung auf Demokratie und die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen einschl. der Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit und der Korruption adäquat unterstützen – ohne Paternalismus und Bevormundung. Die Rechte der Kinder müssen geachtet werden.

28. Das Recht der Menschen in den betroffenen Ländern, über ihre Regierungsform in freier, demokratischer Willensbildung und Selbstbestimmung zu entscheiden, ist unbestritten. Wichtige Orientierungen bieten – nicht nur für die Staaten der Region – vor allem die VN-Charta, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die verschiedenen VN-Menschenrechtskonventionen und die Rechte von Minderheiten sowie religiösen und ethnischen Gruppen, die Allgemeine Demokratie-Erklärung der IPU, die Millenniumsentwicklungsziele und die Millenniumserklärung, in der sich die Staats- und Regierungschefs auf dem VN-Millenniumsgipfel im September 2000 verpflichteten, keine Mühen zu scheuen, um die Demokratie zu fördern sowie Rechtsstaatlichkeit und die Achtung aller international anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu stärken.

29. Auch die Erfahrungen mit den unterschiedlichen Transitionsprozessen in Mittel- und Osteuropa lehren, dass es kein Patentrezept für demokratische Übergangsprozesse gibt. Einige, für demokratische Übergangsprozesse wichtige Elemente lassen sich jedoch identifizieren: Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung der Menschenrechte, der Aufbau und die Stärkung von effizienten, rechenschaftspflichtigen, demokratischen Institutionen, zu denen als Herzstück die Parlamente gehören (s. das „parlamentarische Hexagon“), gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Good Governance), zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen, unabhängige Medien und Gerichte, die demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte und zivile Einbindung des Militärs. In den Transitionsländern gibt es viele gesellschaftliche und politische Gruppen und Kräfte, die dies anstreben und für Pluralismus, demokratische Werte und Modernisierung eintreten. Sofern sie dabei die Unterstützung von außen wünschen, sollte man zu dieser Unterstützung großzügig bereit sein.

30. Europa muss alles daran setzen, die Umsetzungskluft zwischen Worten und Taten zu überwinden (s. z. B. die Union für das Mittelmeer) und den demokratischen Transitionsprozess in der Region unter Berücksichtigung der ‚Eigentümerschaft‘ (Ownership) und der Selbstbestimmung der betroffenen Bevölkerungen und Länder

zu fördern. Europa sollte seine Unterstützung für diese Länder im Geiste der Partnerschaft gestalten und zuallererst die Wünsche und Erwartungen der betroffenen Länder erfüllen. Heute geht es darum, Unterstützung zu leisten, damit das in den Transitionsprozessen steckende Potential von den Menschen und Staaten in der Region ausgeschöpft werden kann.

31. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (die Venedig-Kommission des Europarats, zu deren 58 Vollmitgliedern bereits Algerien, Israel, Marokko und Tunesien gehören) sollte mit ihren Beratungs- und Expertendienstleistungen ein offizielles Mandat als Angebot für alle Länder der Region zur Unterstützung für den Entwurf oder die Revision von Verfassungen erhalten, und zwar von demokratischen Verfassungen, die die universellen Menschenrechte, die Herrschaft des Rechts und Good Governance-Prinzipien hochhalten.

32. Besser genutzt werden sollten nationale Parlamente, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, das Europäische Parlament, die IPU, die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (früher: Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung), die Parlamentarische Mittelmeerversammlung und die Parlamentarische Versammlung der OSZE, aber auch das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD), um die Kooperation mit den Ländern der Region und der Arabischen Liga im Bereich der Demokratisierung, der Stärkung der Parlamente im Sinne des „Parlamentarischen Hexagons“ und der Menschenrechte zu fördern.

33. Genutzt werden könnten auch Organisationen und Institutionen, die politischen Pluralismus und demokratische Übergangsprozesse, unabhängige Medien und demokratische Zivilgesellschaften unterstützen, wie z. B. politische Stiftungen oder die als Antwort auf den „Arabischen Frühling“ geschaffene „Europäische Stiftung für Demokratie“ der EU und Denktanks, die sich mit der Region beschäftigen.

34. Besondere Aufmerksamkeit sollte der prekären Situation von Frauen, die nicht international anerkannten Zielen und Standards entspricht, gelten. Das dritte Millenniumsziel ist auch für die Region von großer Bedeutung: „Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Macht und Einfluss (Empowerment) der Frauen“; die Entwicklungszusammenarbeit europäischer Länder, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sollte verstärkt zur Zielerreichung beitragen. Wir fordern die Länder der Region auf, den Anteil der Mädchen und Frauen auf allen Bildungsebenen zu steigern, die Vertretung von Frauen in Parlamenten und Wahlämtern und ihre Teilhabe am wirtschaftlichen Leben (auch auf der Führungsebene) zu erhöhen, die Gesetzgebung in den Bereichen des Familien- und Personenstandsrechts in Einklang mit internationalen Standards zu bringen und per Gesetz alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu verhindern und zu bestrafen. Demokratische Übergangsprozesse können nur gelingen, wenn die

Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein Eckpfeiler für die gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen der neuen Institutionen bildet und wenn Frauen voll deren Aufbau und der Durchsetzung beteiligt sind.

35. Wichtige Initiativen, wie die „Deauville-Partnerschaft“, ins Leben gerufen auf dem G8-Gipfel von 2011, oder die „Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ (EU 2011) sollten die volle Unterstützung von Europarats- und EU-Mitgliedstaaten erhalten mit dem Ziel, die Länder des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens bei ihrem Übergang zu freien und demokratischen Gesellschaften und Institutionen mit transparenten und rechenschaftspflichtigen Regierungen zu unterstützen. Ein relevantes Ziel ist es, Unterstützung bei der Schaffung positiver Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige, sozial gerechte Entwicklung und für nachhaltiges und inklusives Wachstum, für die Entwicklung des Privatsektors sowie kleiner und mittlerer Unternehmen mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten.

36. Die europäischen Staaten, die EU und der Europarat könnten bei ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten und ihrer Unterstützung für die Transformationsprozesse z. B. folgende Bereiche fördern, die für die demokratische Transformation relevant und auf die länderspezifischen Bedürfnisse zugeschnitten sind: Stärkung von Parlament, Exekutive und Judikative; Good Governance und Rechtsstaatlichkeit; Freiheit der Medien und Meinungsfreiheit; Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft, freier Gewerkschaften und von Nichtregierungsorganisationen; demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte; Förderung der Bildung auf allen Ebenen – Capacity Building auch für Staatsbedienstete; Förderung und Transformation der Wirtschaft basierend auf den Prinzipien einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft; Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel; regionale Zusammenarbeit;

37. Die aktiven Abgeordneten und die jeweiligen Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarats sowie die Parlamentarische Versammlung des Europarats und das Europaparlament werden aufgefordert, sich für die Umsetzung der gemachten Vorschläge und für eine finanziell adäquate Ausstattung von alten und neuen Programmen und Instrumenten zur Unterstützung von demokratischen Übergangsprozessen einschließlich religiöser Toleranz in Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens einzusetzen.

38. Der von der EU initiierte euro-mediterrane Barcelona-Prozess sollte mit neuem Leben erfüllt werden, da er die Erwartungen hinsichtlich Demokratie, Frieden und Wirtschaft nicht erfüllt hat. Die Europäische Assoziation ehemaliger Parlamentsabgeordneter aus Mitgliedsstaaten des Europarats unterstützt ebenfalls die Idee einer Neubelebung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft, die aufgrund der politischen Ereignisse in der arabischen Welt verzögert wurde, jedoch mehr denn je

benötigt wird, um die Region auf der Grundlage einer fairen Partnerschaft aufzubauen.

39. Die ehemaligen Parlamentsabgeordneten der jeweiligen Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarats sowie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments sollten auch dazu beitragen, eine neue Zusammenarbeit zwischen Europa und der arabischen Welt in Geiste der Partnerschaft zu schaffen. Es gibt einen reichen Fundus erfahrener ehemaliger Parlamentsabgeordneter, die ein ständiges Forum bilden können, das sich im Rahmen parlamentarischer Begegnungen, Seminare und Workshops insbesondere auf den Aufbau politischer Kapazitäten bei Frauen und Männern konzentriert.

40. Es ist uns bewusst, dass es ohne Sicherheit im Mittelmeerraum keine Sicherheit in Europa geben kann. Demokratie in der arabischen Welt sollte ein unerlässlicher Faktor für Frieden und Sicherheit für die Region sowie für Europa und auch für die ganze Welt werden.